

Gewerkschafter/innen gegen Atomenergie und Krieg



KONTAKT: Stiftgasse 8, A-1070 Wien
E-mail: ggae@gmx.at
www.atomgegner.at

Nr. 4, Dezember 2009

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

WEIHNACHTEN – FÜR VIELE EINE BITTERE ZEIT



Anfang Dezember wurde in den Nachrichten des ORF verlautet, dass in der Steiermark der Andrang auf die Weihnachtsbeihilfe sehr groß ist, die Menschen stehen Schlange, die Zahl der Antragssteller wird größer sein als im letzten Jahr.

Bei dieser Weihnachtsbeihilfe geht es um 20-25 Euro!!

Für diese Summe muss ein Antrag gestellt, Lichtbildausweis, Meldezettel und Einkommensnachweis mitgebracht und stundenlanges Anstellen in Kauf genommen werden.

Ein großer Aufwand für 25 Euro. Sozialreferent Siegfried Schrittwieser meint dazu richtiger Weise (SPÖ): "Wenn man nichts mehr hat, dann hängt man sich an den kleinsten Faden, und das ist so ein kleiner Faden. Leider ist es so, dass es in einem der reichsten Länder der Welt wie Österreich noch so viel Armut gibt, das wird hier bei dieser Weihnachtsgabe sichtbar."

Laut Statistik Austria leben allein in der Steiermark rund 160.000 Menschen unter der Armutsgrenze, sagt der Sprecher der Armutskonferenz, Martin Schenk. Vermutlich würden somit fast alle die Kriterien für den Anspruch auf die Weihnachtsbeihilfe des Landes erfüllen.

Dieses Bild trifft mit großer Wahrscheinlichkeit auf ganz Österreich zu.

In letzter Zeit behauptet der Finanzminister, dass die Armen auf Kosten der gut Verdienenden (des so genannten Mittelstandes) leben. Dieser müsse für all die

Transferleistungenaufkommen, das sei ungerecht. Die Ungerechtigkeit ist aber darin zu suchen, dass bedürftigen Menschen nicht mehr solidarisch zur

Seite gestanden wird und die wirklich Reichen und Vermögenden (Konzerne, Banken, Höchstverdiener aus Politik und Wirtschaft) sich aus der Verantwortung stehlen können.

92% aller Steuern in Österreich belasten die 200 Mrd. Euro Erwerbseinkommen. Aber nur 6% aller Steuern kommen von den 2 100 Mrd. Euro Geld- und Sachvermögen in Österreich! (Quelle: ÖGPP; www.politikberatung.or.at)

Wenn nun Finanzminister Pröll in seiner Rede zum „Projekt Österreich“ jene 2,7 Millionen Menschen, die keine Lohn- und Einkommensteuer zahlen (wohl aber jede Menge Mehrwert-, Mineral- und sonstige indirekte Steuern) zu „Nicht-SteuerzahlerInnen“, und „Sozialschmarotzern“ erklärt, die von den „Leistungswilligen“ erhalten würden, dann ist das ein gegeneinander Aufhetzen und eine eindeutige Absage an das Prinzip der Solidarität und des Sozialstaates.

Die Ungerechtigkeit aber liegt ganz wo anders. Eine seit Ende der 1970er Jahre sinkende Lohnquote beweist, wie durch hohe Gewinne den ArbeiterInnen und Angestellten der ihnen zustehende Anteil vorenthalten wird. Diese Gewinne wurden aber nicht in die Unternehmen investiert, sondern auf dem Kapitalmarkt verspekuliert. Das Ergebnis war eine Finanzkrise, und in der Folge eine allgemeine Wirtschaftskrise. Dennoch besitzen die reichsten zehn Prozent dieses Landes die Hälfte der Geldvermögen während die Zahl der an der Grenze der Armut Lebenden immer größer wird.

Gerade im letzten Jahr wurden wir alle Zeugen davon, wie schnell die Regierung handelt, wenn sie will. Sie hatte keine großen Bedenken und es ging auch sehr rasch, als Milliardenpakete für die Banken geschnürt wurden. Bis jetzt kam es nicht zu der erhofften Belebung der Wirtschaft. Die Banken nützten das Geld, um ihr Eigenkapital aufstocken

zu können. Profiteure sind eindeutig die Aktionäre der jeweiligen Geldinstitute.

Geht es jedoch um die Mindestsicherung, verlangsamt sich das Handlungs – und Verhandlungstempo enorm.

Wenn nun Pröll von einem Transferkonto spricht geht es ihm nicht um Transparenz, sonst müsste er nämlich neben dem Sozialtransfer auch die Vermögensverteilung, die diversen Förderungen und Subventionen, die Kapital und Vermögen begünstigende Steuerpolitik und die steuerlichen Gestaltungsmöglichkeiten berücksichtigen.

Den einzigen Zweck, den diese Debatte haben kann, ist die Entsolidarisierung der Gesellschaft mit all ihren individuellen und politischen Konsequenzen.

Lassen wir das nicht zu !!!!!!!

Setzen wir uns gemeinsam für eine gerechte und lebenswerte Gesellschaft ein!

Arm gemacht

Am liebsten wäre es den Unternehmern, wenn die Arbeiter und Angestellten gratis arbeiten, sich selbst versichern und die Produkte, die sie gratis hergestellt haben den Unternehmern auch noch teuer abkaufen würden. Das wäre der Unternehmerhimmel jener kleinkrämerischen, geld- und profitgierigen Minderheit von 1% der Bevölkerung und deren Klientel, die heute schon mehr Anteil am österreichischen Gesamtvermögen haben, als die meisten Anderen. (1% besitzt 340 Milliarden Euro / 90% besitzen 317 Milliarden). 13%, ca, 1 Million Österreicher, leben an der oder unter der Armutsgrenze von 780 Euro. Den Arbeitsplatz zu verlieren bedeutet eine akute Gefahr arm zu werden.

Dem gegenüber steht die Vision einer Menschheit, die in gemeinsamer Anstrengung den Fortschritt auf allen Ebenen vorantreibt, um diesen Fortschritt allen Menschen zukommen zu lassen und nicht nur denen, die genug Geld haben, um sich Bildung, Gesundheit, Lebensstandard usw. kaufen zu können. Geld sollte, bzw. würde dann überhaupt keine Rolle mehr spielen. Wir sind aber weit davon entfernt solche Visionen anzudenken geschweige denn zu realisieren.

Heute schreien die Reichen sofort empört auf, wenn z. B. nur gewagt wird, die Mindestsicherung, die ohnehin erst 2010 beginnt, ein wenig anzuheben, wie es kürzlich die Gewerkschaft vorzuschlagen wagte. Die 733 Euro, die zum Leben zu wenig und zum Sterben zuviel sind, sollten laut Gewerkschaft auf 855 Euro angehoben werden. O Zeter, o Mordio schrien die Großverdiener in der Politik, die Handlanger der Wirtschaft, die mit zigtausend Euro im Monat nach Hause gehen und keine Ahnung davon haben, was es bedeutet, mit 733 Euro im Monat den Lebensunterhalt zu bestreiten. Das ist ja viel zu viel „für Nixtun“, da belohnt man ja die „Faulen“, hieß es! Da schafft man doch eine „soziale Hängematte“ in der sich die Nichtsteuer ausruhen.

Als ob es so fein wäre, arbeitslos zu sein, dutzende Bewerbungsschreiben nicht einmal beantwortet zu bekommen, den Familienstandard nicht mehr halten zu können, Kindern zusätzliche Bildungsmöglichkeiten nicht mehr bieten zu können, sich in seiner Würde herabgesetzt zu fühlen und dann noch als Sozialschmarotzer bezeichnet zu werden. Die wirklichen Sozialschmarotzer sind doch die, die genug Geld haben und trotzdem die Sozialleistungen nehmen und die, die sich am von den arbeitenden Menschen geschaffenen Volksvermögen bereichern. Eine noch höhere Mindestsicherung hieß es da von ÖVP-Seite wäre ja „unverantwortlich“ all jenen gegenüber, die für nur etwas mehr Geld ihrem Job nachgehen. So erhält ein Tankwart laut AMS monatlich 830 Euro, eine Lebensmittelverkäuferin 850 Euro oder ein Einrichtungsberater 860 Euro netto. Als ob man sich etwas darauf einbilden könnte, dass arbeitende Menschen mit einem solchen Hungerlohn abgespeist werden, von dem sie genauso wenig wirklich leben können, wie einer mit der Mindestsicherung. Sehr viele Menschen in einem der reichsten Länder der Erde sollen bewusst unter der Armutsgrenze gehalten werden. Aber auch die SPÖ-Führung war „nicht glücklich“ über den ÖGB-Vorstoß. Ein Jammer! Wir gehen tristen Zeiten entgegen: Die ÖVP interessiert sich angeblich für das skandinavische Sozialmodell. Hört! Hört! Aber Achtung, wenn die Unternehmerpartei Sozialmodelle in die Hand nimmt, meint sie in erster Linie ihre Klientel und in zweiter Linie die Almosen, die die „Armen“ bekommen von Gnaden der Reichen. Die SPÖ will dem auch nichts entgegensetzen und im Sinne der Menschen für ausgleichende Gerechtigkeit sorgen. Das treibt viele den Rechten in die Arme, wo es aber auch nur Versprechungen auf Kosten der Menschen zugunsten einer eigentlich menschenverachtenden Politik gibt.

Die Hungerleider finanzieren den Luxus der Reichen! Seit dem EU-Beitritt (1995) hat sich die

Schere zwischen Netto – Arbeitnehmer- und Kapitaleinkommen weiter eklatant aufgetan. In diesem Zeitraum von 15 Jahren, während Dividendenauszahlungen um bis zum Fünffachen anstiegen, erlitten die unselbständig Erwerbstätigen einen Einkommensverlust von sage und schreibe 98 Milliarden Euro! Noch müssen die Verantwortlichen in unserem Staat sich „sozial“ zeigen, aber beständig wird uns allen vorgehalten, dass wir aus Gnade viel zu viel an Sozialleistungen erhalten und es nicht verdienen. Schon wird gesagt, dass in der Krise die Sozialleistungen abgeschafft werden könnten (Veit Sorger in Alpbach). Deshalb soll es jetzt auch noch den „gläsernen Armen“ durch das Transfer-Konto geben, weil wir verdächtig sind, zuviel von dem zu nehmen, was eigentlich uns gehört und weil wir noch nicht arm genug sind.

Stören wir die Kreise selbstgerechten und selbsternannten „Guten“, die reich sind, denen alles gelingt, die ihren Reichtum auf unsere Kosten zusammenraffen und die dabei unsere Gesellschaft ruinieren. Sie definieren aus ihrer Sicht, was gut und gerecht ist, wer leistungsstark ist und wer ein Sozialschmarotzer ist. Sie haben auch die Macht, ihre Ansichten als gültig durchzusetzen. Verhindern wir das! Machen wir deutlich, dass der Mensch an sich wohl wert ist, dass ein Gesellschaftssystem auf seine Bedürfnisse abgestimmt wird. Lassen wir uns das von uns erarbeitete Volksvermögen nicht aus der Hand nehmen!

Bestimmen wir selbst über unsere Zukunft!

Zwei- drei- vier- usw. Klassenmedizin

In einem Witz mit venezianischem Hintergrund wird über eine arme Familie erzählt, die das Begräbnis für einen Angehörigen bestellt und sich über die Tarife erkundigt.

Nach längerem Hin und Her kommt, da sie wenig Geld haben, die vierte Klasse heraus: Der Sarg und der Pfarrer auf der Gondel, die Angehörigen schwimmen.

Tragikomisch! Aber eine gute Illustration für unser Gesundheitssystem, in dem es, obwohl immer das Gegenteil behauptet wird, jetzt bei uns schon mindestens zwei Klassen gibt. So wurde eine wichtige Gehirnoperation eines kleinen Kindes am AKH aufgeschoben, weil zahlungskräftige Patienten aus dem Ausland da waren, die den einzigen Spezialisten für derartige Operationen in Beschlag nahmen, sprich: Sehr viel bezahlten, um früher dranzukommen! Das ist kein Gerücht! Die Erfahrung stammt aus unserem Bekanntenkreis!

„Wir können uns das beste Gesundheitssystem der Welt nicht mehr leisten“, behaupten Finanzminister, Pharmabranche, Medien hinter denen große Interessensgruppen stehen (WAZ-Konzern hinter KRONE, Raiffeisen hinter KURIER und Profil, ...), private Gesundheitsanbieter, „Gesundheitsökonom“ oder „Experten“ aus der Industriellenvereinigung. Die Kassendefizite seien ungeheuer groß, es müsste Reformen geben, neue Strukturen, Effizienzsteigerungen usw. Sehr einleuchtend, wer sollte da etwas dagegen haben? Das ist aber höchstens die halbe Wahrheit! Dass wir immer mehr Selbstbehalte leisten sollen, höhere Beiträge zahlen sollen wäre für die da oben das Einfachste. Aber nirgends stand zu lesen, woher die Defizite der Kassen kommen:

- Die Pharmaindustrie kassiert kräftig bei den Kassen ab: von 1,97 Milliarden Euro im Jahre 2000 auf 3 Milliarden im Jahr 2008. Das ist der größte Brocken
- Die Kassen haben 74% der Spitalskosten zu tragen, obwohl sie keinerlei Einfluss auf die von den Gemeinden geführten Spitäler haben
- Schwarz-blau-orange hat den Kassen die Übernahme von Kosten verordnet, die nichts mit der Krankenversicherung zu tun haben (z.B. Wochengeld). Entgang für die Kassen: Jährlich 850 – 900 Millionen Euro
- Die Unternehmen schuldeten 2008 den Kassen 955 Millionen Euro. Vieles davon uneinbringlich. Seit 2000 mussten die Kassen auf diese Weise insgesamt 1,1 Milliarden Euro abschreiben. Damit allein wäre das gegenwärtige Defizit abgedeckt!
- Die Einnahmen der Kassen sind im Vergleich mit der Wertschöpfung rückläufig! (In einem Zeitraum von etwa 10 Jahren) Die Kassen hatten um 33% mehr Einnahmen, die Wertschöpfung der Wirtschaft ist um 41% gestiegen
- Durch die Umverteilung von unten nach oben hat sich die Lohnquote zu Ungunsten des Anteils der Löhne am Volkseinkommen um 10% von 66% auf 56% verringert. Das bedeutet, dass in den letzten 15 Jahren den Krankenkassen 5 Milliarden an Beiträgen entgangen sind. (Statistik Austria)

Überdies ist das „Krankjammern“ von für Private attraktiven Bereichen ein beliebtes Spiel, wo dann immer das Argument kommt: Der oder jener Bereich muss privatisiert werden, nur so ist eine

effiziente Führung möglich. Bei der Sozialversicherung geht es um etwa 40 Milliarden Euro jährlich, die dem Zugriff privater Versicherer und Gesundheitsanbieter noch entzogen sind. Also sind Unternehmer und ihre Lobbys schon längst am Werk und setzen alle ihnen zu Gebote stehenden Mittel ein, um in den Gesundheitsbereich einzudringen und ihre Profite daraus zu ziehen. Ein Instrument dafür ist der Hauptverband der Sozialversicherungs-träger, in dem seit Schwarz-blau-orange per Gesetz die Minderheit der Unternehmer (400.000 Versicherte, 7%) die überwältigende Mehrheit (5,3

Millionen, 93%) der Versicherten, das sind die aktiven und pensionierten Arbeitnehmer dominieren. Abgesehen davon, dass auch die Arbeitgeberanteile von den Arbeitnehmern erarbeitet sind, verfügen die Unternehmer über die gesamten Gelder aller Versicherten entsprechend ihren Interessen. Eine echte Sauerei! In diesem Zusammenhang wird Gehirnwäsche betrieben, die darauf hinausführt, Profitinteressen von Privaten im Gesundheitsbereich zu etablieren, wo dann nicht unsere Gesundheit an erster Stelle steht, sondern der Profit. Dies zu verhindern ist möglich und notwendig!

Es ist genug Geld da, es wird nur falsch (=ungerecht) verteilt!

Für die Reichen, für die Aktienbesitzer, für die Banken, für die Unternehmer, für die Konzerne gibt es vom Finanzminister jede Menge Geld aus unseren Steuern. Es gibt es Millionen ja Milliarden Euro, als Direkthilfe, als günstige Kredite bzw. als Garantie

d.h. da steht der Staat, also wir, als Sicherheit für eine mögliche Pleite dahinter, so dass die Profite der Reichen wieder abgesichert sind.

Doch für die arbeitenden Menschen, für die Lohnabhängigen, für die Pensionisten, für die Arbeitslosen, für die große Masse heißt es schon wieder, wir müssen sparen, wir haben kein Geld, wir müssen alle Opfer bringen, den Gürtel enger schnallen, einen „Solidaritätsbeitrag“ leisten. Welch ein Hohn, welch eine Frechheit, welcher Betrug!!

Doch es kommt noch dicker!
Zum Beispiel die Kommunalkredit AG:

Die Kommunalkredit AG, eine Bank, die kaum Einlagen von Kunden hat, und die Investitionen von Gemeinden finanziert, ist pleite und wurde durch eine Haftung des Bundes (also des Staates) aufgefangen. Deswegen hat sie dann auch zwischen Jänner und März 2009 am Kapitalmarkt insgesamt Kredite in der Höhe von 4,2 Milliarden Euro für die der österreichische Steuerzahler haftet, aufnehmen können. Doch der Bank drohen nun durch Verlustgeschäfte mit der bankrotten US-Bank Lehmann Brothers u. isländischen Banken

durch die Besicherung mit sog. „Credit Default Swaps“ (CDS) weitere Ausfälle bis zu 12 Milliarden Euro! (R. Barazon Salzburger Nachrichten 9.5. 2009)

Diese CDS sind eine Art Vereinbarung zwischen zwei Parteien, wo die eine Partei regelmäßig Zahlungen an die andere tätigt, diese erhält dafür das Versprechen einer Auszahlung, wenn eine dritte Partei in Zahlungsverzug gerät. Die erste Partei bekommt Kreditschutz, eine Art

Versicherung und heißt der Käufer. Die zweite Partei gewährt Kreditschutz und heißt der Verkäufer. Die dritte Partei, die bankrott geht, wird Referenzeinheit genannt. Niemand ist bei diesen Spekulationsgeschäften verpflichtet, einen Vermögenswert als Sicherheit zu hinterlegen. (F.W. Engdahl: „Die nächste Finanzkrise. Credit Default Swaps...“ 6.6.2008)

Diese CDS sind der Indikator für die Einschätzung eines Ausfallsrisikos einer Bank.

Insgesamt, so wird geschätzt, haben diese CDS bei all den Banken weltweit ein Ausmaß von 63 000 Milliarden Dollar, das ist die ca. Größe der uneinbringbaren Schulden. Namhafte Ökonomen schreiben, dass diese von den Hedge Fonds gehandelten CDS eine Bedrohung für die Finanzmärkte in aller Welt darstellen und „dass eine Kettenreaktion von Ausfällen auf dem CDS-Markt die nächste globale Finanzkrise auslösen könnte“.

Die besondere Pikanterie ist also auch bei den CDS der Kommunalkredit AG, dass die von den Spekulanten erworbenen CDS in der Hoffnung erworben wurden, dass die Kredite oder Anleihen untergehen und der Garantiegeber (also die Bank) den vollen versicherten Betrag auszahlen muss! Diese Spekulation geht derzeit in vielen Fällen auf! Der Finanzminister verwendet also unsere Steuergelder, um Milliarden an Spekulanten, d.h. große Finanzhaie zu zahlen, die darauf gewettet haben, dass verschiedenste Anleihen wertlos werden, viele Kredite uneinbringbar werden.

Dort gehen unsere Steuermilliarden hin!

Das war im Frühjahr, im Spät-Herbst ging es weiter so! Denn nun, im November, braucht die Kommunalkredit AG wieder Geld. Die Republik hat ihr nun eine weitere Milliarde Euros als Haftung gewährt, mit 10 % Zinsen zurückzahlbar. Geht die Bank pleite, ist das Geld weg. Weiters erhält die Bank wiederum eine Kapitalzufuhr vom Staat, diesmal 250 Millionen Euro. Ähnliches spielt sich

gerade wieder bei der Kärntner Hypo Alpe-Adria Bank ab.

Insgesamt hat der Finanzminister den Banken 15 Milliarden Euro aus unseren Steuern an Kapital zur Verfügung gestellt plus 85 Milliarden als Garantie für Anleihen.

Auch die Industrie erhält weitere Milliarden!

Die großen Konzerne, die Multis sollen nun aus Steuergeldern noch mehr unterstützt

werden. Sie sollen, wie schon seit Jahren wieder Steuererleichterungen zugestanden bekommen.

Und sie sollen nun zusätzlich mit ca. 10 Milliarden subventioniert werden, während die Niedrigverdiener vom Finanzminister Pröll als Sozialschmarotzer dargestellt werden und die Pensionisten von der Industriellenvereinigung als asozial bezeichnet werden.

Die wahren Sozialschmarotzer sind die Unternehmer, die Konzerne, die Aktienbesitzer, die Banken- und Versicherungsbosse bzw. ihre Anteilhaber.

Im Übrigen hatten die Kreditinstitute, das sind die Banken und Sparkassen, Ende 2007 schon eine kumulierte Bilanzsumme von ca. 900 Milliarden Euro, das ist z.B. das Dreifache des österreichischen Bruttoinlandsproduktes von 2008. Dabei beherrschen 6 Großbanken 50% des Marktes.

Auf die österreichischen Banken kommen im Übrigen mit ihren Ostgeschäften wegen der Krise

möglicherweise „faule“ Kredite, das heißt nicht mehr einbringbare Schulden in der Höhe von zwischen 20 bis 70 Milliarden Euro zu. Es kann angenommen werden, dass wieder der Steuerzahler zur Kasse gebeten soll!

Da ist das Geld zu Haus.

In Österreich gab es schon Ende 2003 1.323 Milliarden Geldvermögen, davon gehören 70% der Wirtschaft und der Finanzwirtschaft! 60.000 Euro-Millionäre haben zusammen etwa soviel Geld (200 Milliarden) wie sämtliche Erwerbseinkommen in Österreich ausmachen. Doch die Reichen zahlen nur 6% aller Steuern bei uns, das ist die Besteuerung der 2100 Milliarden Euro Geld –und Sachvermögen). 92% des Steueraufkommens kommt von den 200 Milliarden Euro Erwerbseinkommen der 4 Millionen Erwerbs=tätigen. (Das alles und mehr ist im „Armut- und Reichtumsbericht“, Kurzfassung, der ÖGPP unter www.politikerberatung.or.at nachzulesen.)

Das darf nicht so weiter gehen!

Umverteilung von oben nach unten, statt Milliarden für Millionäre!

Das Geld ist da!

Es steht den Menschen zu, die alle Werte schaffen!

Solidarität mit den Protesten der Studenten!

Losungen der Studenten:

„Reiche Eltern für Alle“ „Nein zum Zwei - Klassen Studium“

Seit Ende Oktober gibt es in Österreich die größten und längst anhaltenden Studentenproteste seit vielen Jahren.

Die Proteste richten sich unter anderem gegen unhaltbare Studienbedingungen, gegen Zugangsbeschränkungen, gegen die Bachelorisierung der Unis, d.h. gegen die Normierung, Gleichschaltung und Uniformierung der Bildung, gegen die immer weitere Unterwerfung der Unis unter die Interessen der Wirtschaft in ganz Europa.

Bis zu einem Drittel aller Studenten haben an den großen Studentendemonstrationen seit langem teilgenommen.

Wir GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg unterstützen die berechtigten Proteste der Studenten. Wir haben uns auch an den Demonstrationen beteiligt, haben Flugblätter verteilt, waren mehrmals im Audi Max, dem größten Hörsaal der Universität, und anderen Hörsälen und haben mit den Studenten unsere

Erfahrungen aus der Anti-AKW Bewegung geteilt, Referate gehalten und an Diskussionen teilgenommen, zuletzt an einem Anti-Atom Tag im Audi Max.

Die Herrschenden in Politik und Wirtschaft wollen kein freies Studium, keine breite Bildung für alle. Sie wollen nicht den menschlichen Verstand, das kritische Denken fördern, sondern Studenten als Fertigprodukte, die der Wirtschaft zur Verfügung stehen. Sie wollen nur Eliten heran bilden, für die, die es sich leisten können und Fachidioten, die alles schlucken. Sie wollen keinen Uni- Betrieb, der kritische Menschen heranbildet, die nicht alles hinnehmen, was heute passiert.

Die Studenten haben, ausgehend von ihrer Bewegung, sowohl mit vielen anderen Menschen aus dem Bildungsbereich als auch quer durch alle Berufs -und Interessensgruppen, mit Arbeitern, Arbeitslosen, Gewerkschaftern oder Pensionisten Kontakte geknüpft bzw.

sich auch mit deren Anliegen solidarisiert, so z.B. mit den Protesten der Metallarbeiter und der KindergartenbetreuerInnen.

Schon lange zieht das Argument nicht mehr, die Studenten sollen „hackeln“ gehen und nicht protestieren. Ca. 70% der Studenten müssen ohnehin arbeiten, um sich bei immer strengeren Studienbedingungen bzw. bei immer größerem Leistungsdruck ihr Studium überhaupt leisten zu können. Und viele kommen zum Schluss: Besser eine Ausbildung machen als arbeitslos sein. Wie die meisten Menschen spüren und sehen auch die Studenten, dass die Zukunft ungewiss ist. Der Abschluss eines Studiums bedeutet heute noch lange nicht, dass man auch einen Job in diesem Bereich findet. Die Studenten wissen auch nicht, wie weit das Gesundheitssystem so erhalten bleibt, wie bis jetzt, ob sie sich die Mieten für eine Wohnung noch werden leisten können oder ob sie später überhaupt eine Pension beziehen werden können. Wirtschaftskrise, Klimakatastrophe usw trifft alle... Das Ausspielen zwischen dem Widerstand der Studenten und der übrigen Bevölkerung

funktioniert diesmal nicht so wie sich das die Herrschenden vorstellen. Die Studenten haben sich unabhängig von ihrer Hochschulvertretung ÖH und den Parteien gut organisiert und haben gut arbeitende Netzwerke, die auch für die Zukunft wichtig sind.

Der Widerstand der Studentenbewegung ist nur die Spitze des Eisberges des Unmuts und der Ablehnung dessen, was heute allen arbeitenden Österreichern zugemutet wird, was alles auf sie abgeladen wird.

Was die Studenten bis heute schon bewegt und bewirkt haben, ist mehr als Sie je dachten, dass möglich wäre!

Solidarität mit den Studentenprotesten!

Mehr Geld für Bildung! Ja! Denn 100 Milliarden Euro Steuergelder bekommen die Banken und Konzerne, während die breite Masse der Bevölkerung für die von ihr nicht verursachte Krise um Einkommen, Arbeitsplatz, Bildung, Ausbildung oder Pension und Gesundheitsvorsorge gebracht werden soll!

Atommüll Tödlicher Atomprofit

Was hat uns die Atommafia nicht schon alles erzählt, um ihr schmutziges Geschäft auf Kosten von Gesundheit und Leben der Menschen fortsetzen zu können. So zum Beispiel, dass AKWs CO2-frei und damit umweltfreundlich seien. Abgesehen davon, dass das so nicht stimmt, entsteht doch beim Uranabbau, bei der Errichtung von AKWs usw. sehr wohl CO2, verbleiben Treibhausgase rund 200 Jahre in der Atmosphäre (lange genug), während die radioaktive Strahlung 10.000e Jahre anhält und künftige Generationen belastet. Und da wären wir wieder beim Atommüll. Laut Atombetreiberorganisation IAEA macht der radioaktive Müll heute bereits 170.000 Tonnen aus. In zehn Jahren werden es schon an die 300.000 Tonnen sein, wenn so weitergemacht wird.

In Deutschland hat man schon in den 1970er Jahren behauptet, dass ein Atommüll-Endlager möglich und unbedenklich sei. Studien wurden gemacht – und wie sich jetzt herausstellt gefälscht. So ist sowohl das geplante Lager in Gorleben als auch der bereits berühmt berüchtigte „Schacht Konrad“ in Asse alles andere als „sicher“, dringt Wasser ein und droht die Radioaktivität ins Grundwasser zu gelangen.

Frankreichs hochradioaktiver Atommüll in Russland

Ein weiteres tödliches Märchen tischte die Atommafia den Menschen auf, als sie z.B. in Frankreich jahrzehntelang behauptete, dass das in den 58 französischen AKWs „abgebrannte Uran“ fast völlig wiederverwertet werden könne. Ein großer Teil der strahlenden Abfälle kommt nämlich, wie eine TV-Doku enthüllte, nach Sibirien – und wird dort teils im Freien gelagert. Seit den 1990 Jahren seien jährlich über 100 Tonnen Uran aus verbrauchten Brennstäben per Schiff nach St. Petersburg, dann per Zug in einen Nuklearkomplex in der für Fremde praktisch gesperrten Stadt Sewersk (früher „Tomsk-7“), einer Satellitensiedlung von Tomsk in Zentralsibirien, verfrachtet worden. Dort sei das Material laut der französischen Zeitung „Liberation“ „endgelagert“ worden.

Die französischen Energiekonzerne EDF und Areva (Frankreich bezieht 80 Prozent seines Stroms aus AKWs) traten die Flucht nach vorne an und rechtfertigten sich damit, dass diese Art der „Entsorgung“, dass solche Transporte internationaler Usus seien (Die Presse, 15.10.09). Na, Prost Mahlzeit.

Auch aus Deutschland

Kurz darauf machte die deutsche Anti-Atomorganisation „ausgestrahlt“ darauf aufmerksam, dass auch aus Deutschland mehr als

20.000 Tonnen Atommüll nach Sibirien verfrachtet worden seien. 90 Prozent davon würden noch immer dort lagern.

Und in Österreich?

Auch in Österreich gibt es nach wie vor Pläne – diese werden im Umweltbundesamt gewälzt – in unserem Land ein Atommülllager zu errichten. Nach den massiven Protesten der österreichischen Atomgegner, musste damals die Regierung (1991) vorerst klein beigeben, ihre Pläne in die Schublade zurücklegen. Man wickelt auf Seibersdorf und die dortige extraterritoriale IAEA

aus. Doch 2012, so der seinerzeitige Plan (bis dahin ist das Moratorium Seibersdorf gültig) soll die Atommülllagerdebatte wieder in Gang gesetzt werden. Dazu muss man wissen, dass EU-Mitgliedsländer aus „Solidarität“ dazu verpflichtet werden sollen, Atommüll auch aus anderen Ländern einzulagern, wenn es ein Atommülllager gibt. Das würde auch Österreich betreffen, das selbst kein AKW betreibt. Das war mit ein entscheidender Grund für die massiven Proteste von vor bald 20 Jahren, die von der Bürgerinitiative gegen Atommüll (BIGA) koordiniert wurden. Wir müssen also mehr als wachsam bleiben!

Neue AKWs in Großbritannien Massive Sicherheitsbedenken

Wenn die Medien bei uns über unzureichende AKWs im ehemaligen Ostblock schreiben, dann werden diese als Schrottreaktoren bezeichnet. Damit will man den westlichen Konzernen den Weg in das Atomgeschäft ebnen.

Getan wird so, als sei bei uns „im Westen“ alles in Ordnung, alles am höchsten technischen Stand usw. Wenn dem dann aber doch nicht so ist, dann gibt es dafür neue, schöner klingende, das Negative umschreibende Worte. Bei AKWs, die nicht entsprechen, heißt das neuerdings „schwere Designfehler“.

Solche massiven AKW-Mängel hat die britische Sicherheitsbehörde nun auf den Plan gerufen, weil die Betreiber, z. B. französische oder USA-AKW-Bauer, solche AKW in Großbritannien hinstellen wollen. Wenn Fehler entdeckt werden in Planung und Bau, werden die entsprechenden Daten gar nicht oder nur widerwillig hergegeben. Die „schweren Designfehler“ betreffen nicht nur das AKW-Bauwerk selbst, sondern auch den „Schutz“ der Reaktorhülle. **Einzig richtige Konsequenz ist nach wie vor: der völlige Ausstieg aus der Atomenergie!**

Kopenhagen Klimawandel?

Laut Weltklimarat IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) wird die Durchschnittstemperatur auf der Erde bis 2100 um 1,8 bis 4,0 Grad Celsius steigen. Das wird die Umwelt für Menschen, Tier- und Pflanzenwelt schwerst bis nicht mehr reparierbar beeinflussen. Doch was wird getan? Geleugnet und - „gehandelt“.

Handel statt handeln

Statt wirksame Reduktionsmaßnahmen zu setzen, geben die Regierungen den Industrielobbys nach und machen die Klimapolitik zunehmend zu einer weltweiten „Klimabörse“, lassen also auf dem Gebiet des „Klimaschutzes“ ähnliche Zustände zu wie zuvor in der Wirtschaftspolitik mit den gerade jetzt sichtbaren fatalen Ergebnissen am Finanzmarkt und in der Realwirtschaft. So wurden der Industrie erhebliche Zukäufe von Verschmutzungsrechten (Emissionshandel) erlaubt. Ergebnis: Weltweit steigen die Treibhausgasemissionen trotz aller Klimaprogramme, Konferenzen und Absichtserklärungen weiter an.

Wer profitiert vom Klimadebakel?

Ein Beispiel: Britische Forscher haben unlängst festgestellt, dass das Eis am Nordpol in 10 bis 30 Jahren wegen der Klimaerwärmung weg schmilzt. Schon in 10 Jahren sollen neue, bislang nicht vorhandene Schifffahrtsrouten über den Nordpol möglich sein. Das würde viele Transporte enorm verbilligen. Andererseits werden Überschwemmungen die Folge sein ...

Auch Österreich schafft keine Reduktion der Treibhausgasemissionen, im Gegenteil: als einziges EU-Land verfehlen wir unser Kyotoziel um fast 13 Prozent! Etablierte Umweltschutzorganisationen oder Grüne appellieren rund um den Klimagipfel in Kopenhagen an die Politik, zu handeln. Aber warum soll die der Industrie hörige Politik handeln? Denn alles am Klimawandel bringt neuen Gewinn: billigere Transporte (siehe oben), Wiederaufbau nach Überschwemmungen und Sturmkatastrophen, Gesundheitsaufwendungen für die Opfer usw. usf.

Geldschutz statt Menschenschutz

Das ist nicht bloß zynisch, sondern leider herzlose

kapitalistische Realität. Übertrieben? Vielleicht weil Winterzeit ist und der Schnee bald kommt, ein „kleineres“ Beispiel: Hausbesorger wurden weitgehend abgeschafft, Schneeräumungen übernehmen Privatfirmen. Die sind oft gar nicht da, wenn's schneit und der Gehsteig schnell zu räumen wäre. Begründung: Wir können nicht ständig so viel Personal halten für den Fall, dass es schneit. Wenn dann jemand ausrutscht und sich verletzt, gibt es ja eh eine Versicherung – für den Hausbesitzer. Für das Opfer gibt es nur Schmerz und Mühen. Geldschutz statt Menschenschutz ist das.

Was sich zeigt: Der Kapitalismus kann nicht im Sinne oder Interesse der Menschen handeln, das ist aus seiner Sicht für das Geschäft schädigend – wie z.B. auch bei der Atomenergie oder bei der Gentechnologie und eben beim Klimaschutz usw. Handeln heißt für die Kapitalisten Handel treiben, also Geld verdienen, anderes gibt es in ihrer

Vorstellungswelt nicht. Was da nicht hineinpasst, und das ist fast alles, insbesondere der Mensch als solches, soll gefügig und willig gemacht werden, dass er funktioniert. Durch geistige (Werbung, Propaganda, Medien) oder handfeste Gewalt, zum Beispiel wenn sich Menschen gegen ausbeuterische, versklavende, Armut schaffende oder die Umwelt zerstörende Zustände zur Wehr setzen.

Den jetzigen Casino- oder Raubtierkapitalismus lehnen immer mehr Menschen ab. Das seien Auswüchse sagen die Gutmeinenden oder die bezahlten Beschwichtiger. Aber es gibt auch keinen Kapitalismus mit menschlichem Antlitz. Denn wo der Profit diktiert, ob „nett“ oder „böse“, ist der Mensch letztlich immer Zweiter. Es braucht eine solidarische und menschengerechte Gesellschaft. Die können sich die arbeitenden Menschen nur selbst erschaffen.

Das Letzte:

Treffen sich zwei Freunde. Sagt der Eine: „Hast Du schon gehört? Das Geld wird jetzt abgeschafft!“ Darauf der Andere: „Das glaube ich

sofort! Ich kenne schon etliche Leute, die gar keines mehr haben!“

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Leser und Freunde!

Wir danken für die Zusendungen und Spenden, die wir im Sinne unserer gemeinsamen Sache benötigen: Auftreten gegen Wirtschaftskrise, Krieg und Militarisierung, Atomrüstung und AKW-Bau. Nur gemeinsam können wir für eine bessere Zukunft arbeiten.

*Mit kollegialen Grüßen,
"GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg"*

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion: Gewerkschafter gegen Atomenergie, Stiftgasse 8, 1070 Wien. P.b.b. **Verlagspostamt 1070 Wien, Erscheinungsort Wien.** DVR: 0649228; „Sponsoringpost“ **GZ02Z030950 S – ZVR 100322133**

Spendenkonto bei der PSK 73.055.305 – Bankleitzahl 60.000 - Bei Einzahlungen mit Erlagschein/Überweisungen bitte wie folgt ausfüllen: Unter Kontonummer EmpfängerIn: 73 055 305, unter EmpfängerIn: PSK, W. Leisch, und unter Verwendungszweck: Gew. gg. Atomenergie.

Kontaktadresse: Stiftgasse 8, 1070 Wien. E-mail: ggae@gmx.at Homepage: www.atomgegner.at